

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
0176.30464959
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 09. Dezember 2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2022 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Weniger ist mehr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Haushaltsberatungen seien das Königsrecht des Gemeinderates, wie es heißt. Wenn man dann zur Vorbereitung die Haushaltsrede des Vor- oder gar des Vor-Vorjahres liest, reibt man sich schon erstaunt die Augen. Vieles wiederholt sich, vieles ist wieder einmal ganz anders gekommen – und vor allem hat das Ergebnis eines Haushaltsjahres immer weniger mit dem ursprünglich geplanten Vorgehen zu tun, sondern wird von Zufällen und Entwicklungen gesteuert, auf die der König – also der Gemeinderat – wenig bis keinen Einfluss hat. Vielleicht eher noch der Truchsess – hier der Oberbürgermeister mit seinem Verwaltungsstab -, der natürlich seine ganz eigene Agenda hat und versucht, diese seinem König als zwingend und alternativlos darzustellen.

Versuchen wir es der Reihe nach:

Wenn wir uns richtig erinnern, haben Sie sich bereits 2020 mit Ihrem Führungsteam in Klausur begeben. Ihr Ziel war es, Schwerpunkte bei den vielen laufenden und noch anstehenden Projekten zu setzen, um die Belastungen einer heiß laufenden Verwaltungsmaschine zu reduzieren.

2021 dann im Sommer der Versuch, das gleiche mit dem Gemeinderat zu wiederholen, extern moderiert, beste Rahmenbedingungen.

Leider haben wir das Ganze beendet, bevor es interessant geworden wäre: Bei der Priorisierung nämlich. Die Grundfrage ist ja: Weshalb schaffen wir es nicht, einen Plan aufzustellen – keinen Fünfjahresplan nach sozialistischem Vorbild, sondern einen einfachen 1-Jahres-Haushaltsplan – und diesen dann auch umzusetzen? Eine Antwort könnte sein: Weil unsere Ideen (also nicht die von uns GRÜNEN, sondern die hier im Gremium diskutierten und beschlossenen) viel zu ambitioniert sind, um sie mit unseren begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen umsetzen zu können. Dazu kommen die zunehmenden Schwierigkeiten bei Vergaben und eine Rohstoffknappheit, die wir uns genauso wenig mehr wie die Corona bedingten Warteschlangen hatten vorstellen können.

Lassen Sie mich dazu ein kleines Beispiel bringen, immerhin 1,9 Mio € schwer: Den Kunstrasenplatz beim Waldstadion.

Im Jahr 2018 bereits wurde der Baubeschluss gefasst, auch um den Baseballern des TSV Ellwangen endlich ein würdiges Spielfeld zu bieten. Als nächstes wurde im März 2019 ein Hektar Wald gerodet, bevor dann wieder Stillstand einkehrte.

Natürlich werden Sie einwenden, dass dann ja die Mikroplastikproblematik auftauchte, dass dann eine Firma kam und uns ein Weltpilotprojekt in Sachen nachwachsendem Granulat fast zum Nulltarif versprach, was aber bis heute leider nichts wurde, vor allem nicht zum Nulltarif, und die Baseballer vielleicht schon gar nicht mehr existieren würden (immerhin 3 Spielzeiten ohne Spielfeld), hätten sie nicht in beispielloser Eigeninitiative im Nebenzentrum Sport den brach liegenden Acker zu einem

2. Bundesliga-tauglichen Spielfeld hergerichtet. Unsere letzte Nachfrage in dieser Sache, Herr Oberbürgermeister, datiert vom Frühsommer 2021, und auf Ihre Antwort, die für „vor der Sommerpause“ zugesagt war – wir gingen ganz sicher von der Sommerpause 2021 und nicht 2022 aus – warten wir noch immer bzw. entnehmen sie jetzt so ganz nebenbei Ihrer Haushaltsrede, in welcher auch erklärt ist, dass dieser Ausgabeposten gar nicht mehr in der Haushalts-Planung auftaucht, nachdem ja alles schon im Vorjahr etatisiert worden sei. Wir sind auf den Zeitpunkt der Umsetzung sehr gespannt.

Als weiteres kleines Beispiel führen wir den neuen Standort des Wertstoffhofes an, der Richtung Hinterer Spitalhof verlegt werden soll und uns heute noch im Verlauf des Abends unter TOP 10 beschäftigen wird. Auch dieses Projekt wird mit hoher Priorisierung verfolgt, nachdem der Standort auf dem Schießwasen definitiv nicht mit der Landesgartenschau in Einklang zu bringen ist. Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hätten es wie an so vielen anderen Standorten gerne gesehen, wenn diese Einrichtung über einen Kreisverkehr an die L1060 angeschlossen würde. Ein Kreisverkehr entschleunigt den Verkehr, verhindert zuverlässig Raserei und ist somit ein toller Beitrag zu Verkehrssicherheit und Reduzierung von Verkehrslärm.

Aber natürlich kostet ein Kreis viel Geld – immer einige 100.000 € - und die alternativ vorgesehene Abbiegespur ja nur 80.000 €. So wurde das zumindest in der Sitzung des Gemeinderats vom 24.10.2019 vorgetragen. Schleierhaft ist uns, weshalb diese nun im Haushaltsplan 2022 mit 600.000 € etatisiert wurde. Sicher ist: Ein Kreisverkehr wäre wohl nicht teurer, würde wohl weniger Land verbrauchen und die vor über 30 Jahren gepflanzten Linden müssten auch nicht weichen.

Natürlich kann man viele Gründe finden, weshalb sich das Projekt Kunstrasenplatz so verzögert hat und weshalb die Abbiegespur auf einmal das 7,5-fache kostet. Unsere These ist: Wenn man zu viele Baustellen hat, kann man sich um die einzelne nicht mehr mit der gebotenen Sorgfalt kümmern. Schade also, dass wir eben keine Priorisierung unterschiedlicher Projekte gesetzt haben, sondern allen Schwerpunkten wie Konversion, Landesgartenschau, EATA und Gewerbeflächenentwicklung die gleiche Bedeutung zugemessen, und allenfalls Einzelprojekte etwas nach hinten geschoben haben. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir es aber nicht erreichen, einen Haushaltsplan aufzustellen, der diesen Namen auch verdient. Das, was wir den Haushaltsplan 2022 nennen werden, wird eine Auflistung unterschiedlichster Maßnahmen sein, die vielleicht realisiert werden können, vielleicht aber auch nicht. Das darf nicht unser Anspruch sein.

Aus diesem Grund beschränken wir uns in diesem Jahr bei der Haushaltsrede im Wesentlichen darauf, genau diesen grundsätzlichen Schwachpunkt zu benennen. Solange weder dieses Gremium noch die Verwaltung den Mut haben, eine echte Priorisierung durchzuführen, die natürlich auch klare Präferenzen aufzeigen würde – aus unserer Sicht eindeutig die Landesgartenschau und die Fertigstellung der EATA – macht es auch keinen Sinn, darüber zu diskutieren, ob die über 2 Millionen, die wir weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten, nun eine Katastrophe sind oder nicht.

Schauen wir nur auf die Entwicklung des Haushaltsjahres 2021, sehen wir die vielen Unwägbarkeiten: Zwar verschlechtert sich die Einnahmesituation ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuer um über 1,3 Mio €, nachdem diese mit über 30 Mio € um knapp 12 Mio € über dem Plan liegt, scheint das aber in Ihren Überlegungen keine große Rolle zu spielen. Gehen wir also gerne mit Ihnen davon aus, dass wir die Gewerbesteuereinnahmen um über 25 % höher veranschlagen können als im Vorjahr. Wir werden dann sehen, was am Ende herauskommen wird. Schauen wir uns die Personalkosten an, mit über 25 % Anteil an den Gesamtausgaben einen der größten Ausgabeposten. Es ist richtig, dass wir unter anderem aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen z.B. bei der Kinderbetreuung auch im neuen Jahr wieder zusätzliche Stellen schaffen müssen. Trotzdem sehen wir keine besonderen Anstrengungen der Verwaltung, durch eine organisatorische Neuausrichtung Arbeit effektiver zu strukturieren, um ggf. Arbeitsprozesse zu vereinfachen und damit den Stellenzuwachs zumindest zu bremsen.

Im Gegenteil sind es gerade die neuen Strukturen, die von der Verwaltung gewünscht werden, die Personal und damit Geld kosten. Da können wir zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, oder eben auch nicht.

Das ist unser Recht als Könige.

Nehmen wir eines der aktuell am meisten belasteten Ämter: Das Stadtplanungsamt. Das müsste eigentlich mit den strategischen Überlegungen für die Landesgartenschau und die Konversion bestens ausgelastet sein. Trotzdem scheint noch genügend Zeit zu bleiben, um Bebauungspläne wie den „Hinteren Spitalhof“ doch in wesentlichen Teilen selbst zu fertigen statt diese Aufgabe an Planungsbüros nach außen zu geben. Da ist noch deutlich Luft nach oben.

Lassen Sie uns noch ein Wort zum Thema Baulandentwicklung sagen. Eines Ihrer wichtigsten Argumente gegen einen Planungswettbewerb auf dem Konversionsgelände war die aus Ihrer Sicht zwingende Notwendigkeit, sehr schnell sehr viel zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Im Vorbericht zu diesem Haushaltsplan haben Sie die Entwicklung der Einwohnerzahl in der Gesamtstadt seit 1939 beigefügt. Dieser ist zu entnehmen, dass sich in den letzten 10 – 15 Jahren quasi nichts verändert hat. Vielleicht kleinere Wanderungsbewegungen von den Ortschaften in die Kernstadt, im Wesentlichen blieb aber alles gleich. Und das trotz der vielen Wohngebiete, die wir vor allem in den Ortschaften ausgewiesen haben. Wir verkennen nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Mieten auch in Ellwangen nach oben gegangen sind. Natürlich sehen auch wir, wie schwer es gerade Menschen mit niedrigen Einkommen fällt, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Es kann aber keine Lösung sein, immer noch mehr vom Gleichen zur Behebung dieser Problematik zu versuchen, was schon in den letzten Jahrzehnten nicht funktioniert hat.

Wir hatten uns vor Jahren in diesem Gremium intensiv Gedanken gemacht, eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen.

Das Stadtplanungsamt war vor Jahren angetreten, die Innenentwicklung voranzutreiben, um eben dieses Ziel zu erreichen und der Verödung der Ortskerne entgegen zu wirken. Leider wird diesen Themen aus unserer Sicht viel zu wenig Bedeutung zugemessen. Dabei stehen auch hier in Ellwangen – sei es im Klosterfeld oder in der Stadtmitte - ungezählte Häuser seit vielen Jahren leer. „Eigentum verpflichtet“, liebe Hauseigentümerinnen und -eigentümer. Das steht im Art. 14 des Grundgesetzes.

Ein Skandal ist es fast schon, wenn dies Gebäude im öffentlichen Eigentum wie in der Hohenstaufenstraße sind.

Da fordern wir die Stadtverwaltung dringend auf, den Eigentümer auf eine rasche Sanierung zu drängen, damit die Gebäude baldmöglichst wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Im Übrigen sind wir der Auffassung, dass es nicht städtische Aufgabe ist, Wünsche von Investoren nach Bauland zu befriedigen, sondern mit Augenmaß dafür zu sorgen, dass erstens ausreichend und zweitens bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Und Bauherrinnen und Bauherren werden sich auch bei uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass die Zeiten, in welchen große Baugebiete mit Einfamilienhäusern ausgewiesen werden, der Vergangenheit angehören. Dies ist nicht nur der bedrängten Landwirtschaft, sondern auch der massiv unter Druck stehenden Natur geschuldet.

Zum Abschluss haben wir noch zwei Anliegen, welche die aktuell größte Herausforderung unserer Gesellschaft – auch unserer Stadtgesellschaft -, den Klimawandel, betreffen:

- Wir bitten die Stadtverwaltung um Mitteilung, welche Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien zur Verfügung gestellt werden können. Ist z.B. daran gedacht, PV- oder Solarthermie-Anlagen in der Kernstadt künftig zuzulassen? Sehen Sie Möglichkeiten für PV-Freiflächen-Anlagen oder zusätzliche Standorte für Windräder?

- Die Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Neunheim bereitet nicht nur uns, sondern vielen Bürgerinnen und Bürgern der angrenzenden Ortschaften große Bauchschmerzen: Dabei geht es nicht nur um den Flächenverbrauch, sondern für viele vorrangig um die befürchtete zusätzliche Verkehrsbelastung. Für die Pendlerinnen und Pendler haben Sie ja bereits zugesagt, dass eine bessere Anbindung durch den Ausbau der Stadtbuslinien erfolgen soll. Ungeklärt ist die Frage, wie die großen Warentransporte künftig erfolgen sollen: Auf der Straße oder doch über die Schiene? Wir beantragen die Durchführung einer Machbarkeitsstudie, wie eine Anbindung des Gewerbegebietes an das Schienennetz erfolgen könnte.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.